

## POLITISCHE DENKMÄLER IN OST-BERLIN IM SPANNUNGSFELD VON KULTURPOLITIK UND DENKMALPFLEGE

Ein Bericht zur Arbeit der »Kommission zum Umgang mit den politischen Denkmälern  
der Nachkriegszeit im ehemaligen Ost-Berlin«

Vor wenigen Tagen hat die vom Senat von Berlin berufene »Kommission zum Umgang mit den politischen Denkmälern der Nachkriegszeit im ehemaligen Ost-Berlin« ihre Empfehlungen vorgelegt.<sup>1</sup> Die Resonanz der Medien war bisher beachtlich. Nun kann man bei einzelnen Empfehlungen der Kommission durchaus anderer Meinung sein. Insgesamt jedoch orientieren diese auf einen behutsamen, abwägenden Umgang.

Die in der öffentlichen Diskussion geäußerte Extremposition, daß alle politischen Denkmäler als Geschichtsdokumente zu erhalten sind, wurde ebenso abgelehnt wie die Vorstellung, sämtliche in der SED-Zeit geschaffenen politischen Denkmäler aus dem Stadtbild zu entfernen.

Politische Denkmäler sind »gewollte Denkmäler« – diese von Alois Riegl eingebrachte Begrifflichkeit wurde bereits eingehend erläutert, so daß ich hier darauf verzichten kann – und widerspiegeln auf besonders eindrucksvolle Weise das Verständnis der herrschenden Kräfte einer Gesellschaft von Geschichte und Politik. Sie dienen vordergründig der Legitimation und Festigung des Herrschaftssystems, sie sind ein probates Mittel der Selbstdarstellung. In einer autoritär oder diktatorisch verfaßten Gesellschaft wird dieses Geschichtsbild von oben verordnet.

Wenn solch ein Herrschaftssystem verfällt oder gestürzt wird, verlieren die von ihm geschaffenen Denkmäler, soweit sie der Legitimation und Festigung dieses Herrschaftssystems dienen, ihre Funktion und damit, das ist die gängige politische Sicht, ihre Existenzberechtigung. Das gilt besonders dann, wenn es sich bei dem untergegangenen System um eine Unrechts- und Gewaltherrschaft handelt, die von den Bürgern des nachfolgenden Systems entschieden abgelehnt und verurteilt wird.<sup>2</sup>

Haben Denkmäler, die ausschließlich der Selbstdarstellung und ideologischen Überhöhung der kommunistischen Diktatur bzw. der Verherrlichung ihrer Machthaber und Funktionsträger dienen, in einer demokratischen Gesellschaft überhaupt noch einen Platz? Die Kommission kam zu dem Ergebnis: Ja, unter der Voraussetzung, daß diese politischen Denkmäler als Geschichtszeugnisse der untergegangenen Gesellschaft akzeptiert werden, das heißt, um Alois Riegls Begrifflichkeit aufzunehmen, die Metamorphose vom »gewollten ... zum gewordenen Denkmal«. Diese Akzeptanz wächst, das ist eine allgemeine Erfahrung, mit zunehmender historischer Distanz. Die dafür notwendige Zeit bekommen wir jedoch nicht eingeräumt, so daß Entscheidungen über den Umgang mit den politischen Denkmälern zwangsläufig starken Emotionen und politischen Einflüssen unterliegen müssen; die ungarischen Kollegen haben diese Einflüsse gestern deutlich gemacht.

Der überlieferte Bestand an politischen Denkmälern ist zudem begrenzt, er wächst nicht nach, so daß Verluste unwiederbringlich sind. Nun hat der sang- und klanglose Zusammenbruch der SED-Herrschaft und die Wiedervereinigung »revolutionären Volkszorn« oder »spontanen Bildersturm« im Gegensatz zu einigen osteuropäischen Staaten gar nicht erst aufkommen lassen, so daß die Hinterlassenschaft solcher »politischen Denkmäler« beachtlich und vielfältig ist.

Vergleicht man diese überlieferten Quantitäten jedoch mit der Situation in den anderen ehemaligen sozialistischen Staaten Ost-, Südost- und Mitteleuropas, so erscheint der Denkmalkult der SED vergleichsweise zurückhaltend. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß der gesamte Bestand an sowjetischen Befreiungsdenkmalern und Friedhöfen, so ist es in einem bilateralen Staatsvertrag festgelegt, einen besonderen Schutz genießt und somit nicht zur Disposition steht, so daß er auch die Arbeit der Kommission nicht tangierte.

Daß dennoch in Ost-Berlin, immerhin die Hauptstadt der ehemaligen DDR, dieser Bestand an politischen Denkmälern, gemeint sind faktisch alle zwischen 1945 und 1989 errichteten Plastiken, Gedenksteine, Gedenkanlagen und Tafeln, deren politisch-ideologische Intention deutlich ist, einen beachtlichen Umfang erreicht und über eine herausgehobene Symbolträchtigkeit verfügt, muß hier nicht besonders begründet werden. Zudem hatte die SED in den Zeiten ihrer Herrschaft dafür gesorgt, daß eine nicht geringe Zahl dieser Anlagen als eingetragene Denkmäler einen besonderen gesetzlichen Schutz erhielten.

Damit ist der besondere Konflikt, in dem sich die Denkmalpflege in Berlin befindet, beschrieben. Daß dieser Konflikt in der an Umbrüchen nicht armen jüngeren deutschen Geschichte so außergewöhnlich nicht ist, hat Winfried Speitkamp in einem Aufsatz »Das Erbe der Monarchie und die Denkmalpflege in der Weimarer Republik«<sup>3</sup> eindrucksvoll beleuchtet. Beachtenswert erscheint mir hier die Analogie der Argumentationen der Denkmalpflege beim Umgang mit gefährdeten politischen und symbolträchtigen Denkmälern.

Der Konflikt zwischen fachlich begründeten denkmalpflegerischen Intentionen und aktueller Politik wurde in Berlin mit dem Abriß des von Nikolai W. Tomski geschaffenen Lenin-Denkmal (Abb. 1) offenkundig. Mit dem Abriß des Lenin-Denkmal, einem Monument von 19 m Höhe aus rotem ukrainischem Granit, mit einer aus dem Unterbau herauswachsenden kolossalen Standfigur Lenins in sieghafter Pose vor stilisiertem Fahmentuch, dessen bewegte Umrißlinie von dem gestaffelten Hochhaus dahinter aufgenommen wurde, begann die eigentliche öffentliche Diskussion mit dieser Hinterlassenschaft der DDR.

Zwar hatte die bereits seit 1990 aktive »Initiative politischer Denkmäler« mit einigen Ausstellungen das Problem aufgegriffen und einen sensiblen, differenzierten Umgang angemahnt.<sup>4</sup> War hier die Resonanz der Öffentlichkeit noch dürftig, so weckte der Abriß des Lenin-Denkmal Emotionen und Proteste. Dabei war es vor allem die Art und Weise des Vorgangs, im Hauruckverfahren, ohne sachliche Diskussion, vollendende Tatsachen schaffend, die Unmut erregte und zu lautstarken Protesten führte.

Nach einigem Zögern und auch heute noch schwierig nachzuvollziehendem Hin und Her reagierte der Senat von Berlin und berief die von vielen, auch der Denkmalpflege, geforderte Kommission, in der dann auch Mitarbeiter der Berliner Denkmalpflege mitwirkten.

Mit der Beschränkung auf Ost-Berlin wurde jedoch die Chance verspielt, die Denkmäler der Nachkriegszeit in ganz Berlin einer kritischen Betrachtung zu unterziehen. Immerhin handelt es sich hierbei um »eine in ihrer konfrontativen Bezogenheit auf der Welt wohl einmaligen Denkmal-Landschaft, um ein künstlerisches Zeugnis des Kalten Krieges«. <sup>5</sup> Unbestritten wurde jedoch Zeit gewonnen für eine sachliche Diskussion zum Umgang mit den politischen Denkmälern im Ostteil der Stadt.

Die Kommission hatte sich im Verlauf ihrer Tätigkeit mit ca. 400 Objekten zu befassen, neben monumentalen, symbolträchtigen großen Anlagen auch eine Vielzahl kleinerer Gedenksteine und Erinnerungsanlagen.

Es wurden Fachleute und auch Bürgerinitiativen einbezogen bzw. angehört. Natürlich erreichte der gewonnene Kenntnisstand häufig nicht die wünschenswerte Tiefe; dies verhinderte allein der Umfang der zu leistenden Arbeit ebenso wie der eingeräumte Bearbeitungszeitraum und nicht selten auch die dürftige Quellenlage. Die Kommission stellte fest, daß es sich bei der großen Mehrzahl der politischen Denkmäler um solche handelt, die an Personen und Ereignisse vor Beginn der SED-Herrschaft erinnern, diese Erinnerungen jedoch im Dienst der Traditionsbildung und Legitimation der SED standen. Die Erinnerung an die Revolution von 1848, an die sozialistische Bewegung und ihre herausragenden Köpfe, an die Revolution von 1918/19, an die Gegner und Opfer des Nationalsozialismus ist – wenn auch in unterschiedlicher Weise und Intensität – durch das Politik- und Geschichtsverständnis der SED überformt und den politischen Interessen des SED-Staates dienstbar gemacht worden.

Aus der Erkenntnis des Gesamtbestands heraus wurde der Bericht und die Empfehlungen der o. g. Chronologie untergeordnet und wie folgt gegliedert:

1. Denkmäler zur Geschichte der Arbeiterbewegung; dies umfaßt den Zeitraum, gemäß dem Traditionsverständnis der SED, von der bürgerlichen Revolution 1848/49 bis zur Entwicklung der KPD bis 1933,
2. Denkmäler des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945,
3. Denkmäler zur Entwicklung der DDR.

In den von der Kommission erarbeiteten (Bewertungs-)Kriterien heißt es:

»Da die Erinnerung an die demokratischen und sozialistischen Traditionen, an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und an diejenigen, die dieser Gewaltherrschaft widerstrebten und entgegenzuwirken versuchten, in einer demokratischen Gesellschaft nicht nur weiterhin sinnvoll, sondern unabdingbar ist, bedarf es eines besonders behutsamen Umgangs mit diesen Denkmälern und Gedenkstätten. In jedem Einzelfall muß geprüft werden, ob die Geschichte, an die erinnert werden soll, hinter der politischen Überformung hinreichend sichtbar wird bzw. wie sie wieder sichtbar gemacht werden kann.« <sup>6</sup>

Diese vierzig Jahre DDR-Geschichte gleichsam zu tilgen bzw. deren Zeugnisse lediglich in einen »Park für unerwünschte Denkmäler« zu verbannen, fand keine Zustimmung. <sup>7</sup>

In der Gesamt-Berliner Denkmal-Landschaft sollten die Ost-Bezirke mit ihrer besonderen Geschichte erkennbar bleiben, wie umgekehrt auch die Westbezirke. Daß dabei wichtige Traditionen unserer demokratischen Gesellschaft in den östlichen Bezirken stärker zur Geltung kamen – einmal sei an den Widerstand gegen das NS-Regime erinnert –, sollte nach der Überwindung ihrer politischen Instrumentalisierung durch die SED auch künftig sichtbar bleiben. <sup>8</sup>

Unter der Abwägung all dieser Kriterien gab es nicht die einfache Alternative »abräumen« oder »erhalten«. Selbst wenn ein Denkmal als nicht erhaltenswert betrachtet wurde, wie z. B. das von Lew Kerbel geschaffene und 1986 aufgestellte (Abb. 2) Ernst-Thälmann-Denkmal, galt es abzuwägen, wie dringlich – z. B. auch angesichts knapper Haushaltsmittel – seine Entfernung ist. <sup>9</sup>

Auch ist zu prüfen, welche zukünftigen Planungen und Gestaltungen notwendig sind, um »entstandene Lücken« im Stadtbild zu schließen. Hier sollte uns das nach dem Abriß des Lenin-Denkmales entstandene »Loch« als warnendes Beispiel dienen.

Auch die Empfehlung, ein Denkmal zu belassen, schließt partielle Veränderungen, kritische Kommentierungen und ähnliches mehr nicht aus. Das Problematische solcher Kommentierungen oder Verfremdungen war der Kommission durchaus bewußt; ich habe gestern bereits anhand konkreter Beispiele darauf hingewiesen. Die Zukunft wird zeigen, was hier bei einem phantasievollen Umgang möglich sein wird.

Dies führt natürlich zu einem Verlust an Authentizität. Es hat sich im Verlauf der Kommissionsarbeit für die beteiligten Denkmalpfleger als das wohl schwierigste Problem erwiesen, hier mehrheitsfähige Voten gerade im Sinne der Bewahrung authentischer Zustände zu erreichen. So zieht sich durch nicht wenige Empfehlungen der Kommission gerade zu monumentalen, symbolträchtigen Anlagen neben der Erhaltung dieser Denkmäler häufig die Forderung nach Entsiegelung. <sup>10</sup> Damit wird eine ursprüngliche Funktion dieser Anlagen, sie waren häufig Ort größerer Massenveranstaltungen, Meetings, Appelle u. ä. m., nicht mehr sichtbar, zudem verlieren die (umgebenden) Flächen ihre Bedeutung als Gestaltungselement (Treppen, Terrassen usw.) für die Gesamtanlage.

Ich möchte dies am Beispiel der Marx-Engels-Denkmalanlage im Herzen Berlins verdeutlichen (Abb. 3). Deren Monumentalität artikuliert sich hier flächenhaft. Die hier reflektierte Botschaft muß man sich erlaufen. Das Marx-Engels-Denkmal kann für sich in Anspruch nehmen, über die personelle Darstellung hinaus eine marxistische Interpretation geschichtlicher Zusammenhänge vermitteln zu wollen. Im Zentrum der weitläufigen, durchschreitbaren Anlage steht auf einem niedrigen Sockel die überlebensgroße Gruppenplastik von Karl Marx und Friedrich Engels, eine Momentaufnahme, an ein Photomotiv erinnernd (von Ludwig Engelhardt). Um die Marx-Engels-Gruppe sind vier Doppelstelen angeordnet. In deren geschliffene Hohlkörper aus Edelstahl sind photographische Dokumente internationaler und nationaler revolutionärer Ereignisse eingearbeitet.

Als »äußere« Schale wurden eine fünfgliedrige Marmor-skulpturreliefwand von Werner Stötzner – Unterentwicklung, Unfreiheit, Bedrohung und Not des Menschen zeigend – sowie zwei bronzene Doppelreliefs – Schönheit und Würde des befreiten Menschen darstellend – aufgestellt. Zwischen diesen beiden Alternativen menschlicher Existenz steht die Marx-Engels-Gruppe und damit die angebotene Lösung des Problems. Die Gestaltung des Marx-Engels-Denkmales verfolgt zweifellos eine aufwendige und durchaus bemerkenswerte künstlerische Konzeption.

Partieller Verzicht auf einzelne Bestandteile wäre hier ebenso unsinnig wie entsiegelte und eingepflanzte Störungen, die das Erschreiten und Erfassen der »Botschaft« einschränken oder gar verhindern.

Auf einen interessanten Aspekt möchte ich noch hinweisen. Durch den Übergang von einem politisch-gesellschaftlichen System zum anderen können sich auch ohne unmittelbare Eingrif-

fe in die einzelne Denkmalsanlage deren Funktion und Bedeutung verändern: »Aus einem Symbol der Macht kann so ein Zeichen der Ohnmacht, aus einer Drohgebärde ein Ausdruck der Hilflosigkeit, aus einer Siegesgeste ein Bild der Niederlage werden.«<sup>11</sup>

Als Beleg für diese Aussage soll die Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde dienen, eine Gedenkstätte, die wohl wie keine andere in Deutschland an Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung erinnert. Der Zentralfriedhof Friedrichsfelde diente traditionell bereits der in Berlin ansässigen Führungsgruppe der deutschen Sozialdemokratie als letzte Ruhestätte. Die SED inszenierte im Rondell, dem Herzstück der Anlage, eine »Ahnenreihe« von hervorragenden Vertretern der »revolutionären deutschen Arbeiterklasse«. Beginnend mit Wilhelm Liebknecht fand diese »Ahnenreihe« über die führenden Köpfe der KPD ihre Fortsetzung mit der Bestattung von Mitgliedern des Politbüros der SED. Da der Platz für die Bestattung von Politbüromitgliedern an der das Rondell begrenzenden Gedenkmauer schließlich nicht mehr ausreichte, mußte die Anlage durch zwei freistehende Klinkermauersegmente ergänzt werden. Die Gedenkstätte der Sozialisten vermittelt somit neben dem ausgeprägt selektiven Traditionsverständnis auch einen Eindruck vom elitären Selbstverständnis der SED-Führungsriege. Zugleich gibt sie mit dem Abbruch dieser selbstgefälligen Bestattungszeremonie im Herbst 1989 Auskunft über das Ende der SED-Herrschaft. Dies gilt auch für den Ehrenhain am Pergolenweg, dessen bewußt uniforme Gestaltung ein entlarvendes Selbstverständnis der Nomenklatura widerspiegelt.

Ein Gedanke noch zum Abschluß: In den demokratischen Gesellschaften sind die politischen Denkmäler einer älteren, vordemokratischen Zeit in der Regel durch ihre Historisierung »entschärft« worden, wie das in der alten Bundesrepublik bei den Denkmälern des Kaiserreichs oder bei manchen Kriegerdenkmälern zu beobachten war. Eine Bedrohung der demokratischen Verfassung unserer Gesellschaft geht von diesen Denkmälern zweifellos nicht mehr aus. Diese Erfahrung sollte uns zu einem gelassenen Umgang auch mit den politischen Denkmälern der SED-Zeit ermutigen.<sup>12</sup>

## Anmerkungen

- 1 Unveröff. Bericht der »Kommission zum Umgang mit den politischen Denkmälern der Nachkriegszeit im ehemaligen Ost-Berlin« vom 15. Februar 1993.
- 2 Vgl. ebenda, S. 6.
- 3 Winfried Speitkamp, Das Erbe der Monarchie und die Denkmalpflege in der Weimarer Republik, in: Deutsche Kunst und Denkmalpflege, 50. Jg., 1992, Heft 1, S. 10-19.
- 4 Die im Frühjahr 1990 von Berliner Studentinnen und Studenten der Kunstgeschichte gegründete »Initiative politischer Denkmäler« trat mit einer im Herbst 1990 in Berlin gezeigten Ausstellung »Erhalten, Zerstören, Verändern – Politische Denkmäler der DDR in Ost-Berlin« für eine differenzierte öffentliche Diskussion ein.
- 5 Berliner Zeitung vom 17. Februar 1993.
- 6 Bericht (wie Anm. 1), S. 6 f.
- 7 Vgl. Anm. 1, S. 7.
- 8 Vgl. Anm. 1, S. 8 f.
- 9 Vgl. Anm. 1, S. 33 f.
- 10 Vgl. Anm. 1, u. a. S. 28.
- 11 Vgl. Anm. 1, S. 8.
- 12 Vgl. Anm. 1, S. 9.



Abb. 1 Lenindenkmal in Berlin-Friedrichshain



Abb. 2 Ernst-Thälmann-Denkmal, Prenzlauer Berg, Berlin



Abb. 3 Marx-Engelsforum, Berlin-Mitte